

Der Syrien-Vortrag darf nun doch auf die große Bühne

Buxtehude revidiert die Entscheidung – Politiker wollen Satzung überarbeiten – Stadtteilern hoffen auf viele Besucher

Von Anping Richter

BUXTEHUDE. Die Stadtteilern sind erleichtert: Sie dürfen den Vortrag „Syrien. Ein Land ohne Krieg“ des Journalisten Lutz Jäkel nun doch auf der Halepaghen-Bühne zeigen. Die Stadtverwaltung hat ihre Entscheidung, den Vortrag dort wegen seines politischen Charakters nicht zu erlauben, revidiert.

Buxtehudes Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt (parteilos) hat sich am Montag mit zwei Vertreterinnen der Stadtteilern, Dr. Dunja Sabra und Birgit Wilhelmy, zu einem Gespräch getroffen, bei dem die Einigung erzielt wurde. Grund für das Gespräch sei, wie es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Stadt und der Stadtteilern heißt, die „öffentliche Diskussion zur Absage“ der Veranstaltung gewesen.

Über die in der vergangenen Woche entbrannte Debatte hatten nach dem TAGEBLATT unter anderem die taz, der NDR und das Hamburger Abendblatt berichtet. Neben den Fraktionen der Grünen und Linken im Buxtehuder Rat hatte sich auch Ursula Reinke, Vorsitzende des Ortsverbands des SoVD Buxtehude, mit einem Brief an Politik und Verwaltung dafür eingesetzt, den Stadtteil-

tern den Vortrag auf der großen Bühne zu gestatten.

Am Dienstagabend traf sich die Bürgermeisterin unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den Fraktionsvorsitzenden, um die Vereinbarung mit den Stadtteilern und eine entsprechende Pressemitteilung mit ihnen abzustimmen. Darin wird die Kehrtwende wie folgt begründet: „Es wird im Anschluss an den Vortrag keine öffentliche Diskussion geführt.“ Damit stehe die Veranstaltung der aktuellen Regelung zur Nutzung schulischer Räume nicht entgegen. „Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, auf einer vertrauensvollen und sachlichen Ebene am Ende ein für beide Seiten gutes Ergebnis erzielt zu haben“, teilt die Bürgermeisterin mit. Die Zusammenarbeit mit den Stadtteilern habe Erfolge in der Integrationsarbeit für die Stadt gebracht und solle auch in Zukunft gefördert werden.

Dunja Sabra, Sprecherin der Stadtteilern, freut sich, das Land Syrien vor 2011, um das es in Jäkels Vortrag geht, nun einem breiten Publikum vorstellen zu können. „Für eine Intensivierung und Beschleunigung des Integrationsprozesses der aus Syrien geflüchteten Neubürger und das

Verständnis der Buxtehuder Bürger für ihre Situation ist dieser Vortrag mit Sicherheit sehr hilfreich und förderlich“, sagt sie.

Wie berichtet, hatten Verwaltungsmitarbeiter, nachdem die Stadtteilern die Halepaghen-Bühne angefragt hatten, den Vor-



»Für den Integrationsprozess der aus Syrien geflüchteten Neubürger und das Verständnis der Buxtehuder für ihre Situation ist dieser Vortrag mit Sicherheit hilfreich und förderlich.«

Dr. Dunja Sabra, Sprecherin der Stadtteilern.

trag abgelehnt, weil er politischen Charakter habe. Denn 2017 wurde eine Satzung verabschiedet, die politische Veranstaltungen auf der mit 500 Plätzen größten städtischen Bühne wie für alle anderen Veranstaltungsräume in Schulen untersagt. Die Ablehnung des Syrien-Vortrags hatte die Stadtverwaltung damit begründet, dass es im Anschluss an Jäkels Vortrag ihren Recherchen zufolge schon zu Diskussionen mit politischem Inhalt gekommen sei. Sie bot als

Ersatz das Deck 1 der Malerschule an, die aber nur höchstens 199 Besucher fasst.

Eine Diskussionsrunde zum Vortrag, sagt Dunja Sabra, sei von den Stadtteilern ohnehin nie eingeplant gewesen. Nun könne am 27. April alles wie geplant ab-

laufen: Für den Multimedia-Vortrag seien zwei Stunden eingeplant, dazu eine längere Pause für lockere Gespräche bei Erfrischungen und Fingerfood.

Der offenbar zu aller Zufriedenheit gelöste Fall ist nun allerdings Ausgangspunkt einer politischen Debatte geworden. Er habe gezeigt, „dass die Regelungen zum Widmungszweck für schulische Räume in der Hansestadt einer erneuten Diskussion bedürfen“, teilt die Bürgermeisterin mit.

Sie werde dies nun für die politischen Gremien vorbereiten.

Die AfD hatte die ursprüngliche Entscheidung der Bürgermeisterin im Hinblick auf die Benutzungsordnung von 2017 „konsequent und richtig“ genannt. „Die Satzung bezüglich der Nutzung der Halepaghen-Bühne muss schnellstens überarbeitet werden!“, teilte dagegen SPD-Fraktionschefin Astrid Bade mit. Die Grünen haben dies schon beantragt. „Wir dürfen die armen Verwaltungsbeamten, die vor solchen Entscheidungen stehen, nicht im Stich lassen“, sagt Dörte Matthias (FDP/BBG/FWG-Gruppe). Da für den aktuellen Fall eine gute Lösung gefunden sei, könne die Satzung in aller Ruhe geprüft werden, sagt die CDU-Fraktionsvorsitzende Arnhild Biesenbach: „Wenn wir etwas ändern, sollte die Änderung auch Bestand haben.“

Der Standard-Kommentar von Robert Thiele zur niedersächsischen Kommunalverfassung äußert sich diesbezüglich allerdings klar: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hält laut Urteil vom 1.7.1986 „politische Veranstaltungen“ als Ausschlussgrund für keine ausreichende Differenzierung, um Willkür auszuschließen.